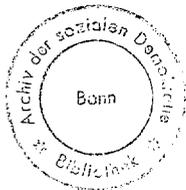


Kommunalspolitisches
Programm
der
Darmstädter SPD

geschlossen auf dem a.c. UB-Parteitag am 16. Januar 1985



A89-3794

Kommunalpolitisches Programm der Darmstädter SPD
vom 16.1.1985

Einleitung

Dieses Programm wird zur Kommunalwahl 1985 vorgelegt. Es schreibt die Darmstadt-Pläne der SPD und die kommunalpolitischen Grundsätze von 1978 und 1981 fort. Es steht damit in der Kontinuität sozialdemokratischer Politik für Darmstadt.

Diese Kontinuität im Sachlichen wird durch die Reihe sozialdemokratischer Oberbürgermeister von Ludwig Metzger über Ludwig Engel und Heinz Winfried Salais zu Günther Metzger unterstrichen. Darmstadt hat sich in dieser Zeit zu einem vorbildlichen Gemeinwesen entwickelt. Die Darmstädter sind stolz auf ihre Stadt. Besucher sind beeindruckt.

Die erreichten Erfolge zu sichern, Darmstadt weiter voranzubringen, Schwierigkeiten zu meistern, ist Aufgabe der Kommunalpolitik. Hieran wollen Darmstadts Sozialdemokraten weiterarbeiten.

Dieses Programm zeigt die Grundsätze auf, von denen Sozialdemokraten sich hierbei leiten lassen. Insoweit ist das Programm kein Forderungskatalog. Es bedarf für die Wahlperiode 1985 - 1989 der Konkretisierung, gegebenenfalls auch der Ergänzung und Fortschreibung. Dafür sind die jeweiligen wirtschafts- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen und die finanziellen Möglichkeiten der Stadt maßgeblich. Richtschnur für alles Handeln muß das Wohl des Bürgers und seiner Stadt sein. Dabei ist der ständige Austausch und das Miteinander von Bürger und Kommunalpolitik erforderlich.

1. Kommunale Selbstverwaltung

Kommunale Selbstverwaltung ist ein Stück mühsam erkämpfter Verfassungswirklichkeit. Sie steht ständig in der Gefahr, durch übergeordnete Organe in ihrer Substanz ausgehöhlt zu werden. Kommunen sind die unmittelbaren Leistungsträger für den Bürger. Daseinsvorsorge und -fürsorge sind von ihnen abhängig. Ihre Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit bestimmen Qualität und Umfang der öffentlichen Dienste. Sie zu erhalten, zu verbessern und sinnvoll zu entwickeln, ist Aufgabe der Kommunalpolitik. Dies ist nur möglich, wenn der Bürger kommunale Selbstverwaltung als eigene Aufgabe und Herausforderung begreift und mit Leben erfüllt.

Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft müssen wieder in stärkerem Maße von den gewählten örtlichen Gremien entschieden werden. Sie sind am besten in der Lage, die örtlichen Probleme der Bürger zu erkennen und praxisnah unter Beteiligung der Betroffenen zu lösen.

Nur so kann dem vielfach festzustellenden Vertrauensschwund gegenüber der Verwaltung entgegengewirkt, nur so können das Verantwortungsgefühl und die Bereitschaft zur Mitwirkung des Bürgers in seiner Gemeinschaft gestärkt werden.

Es gilt, Demokratie nicht nur formal zu verwirklichen, sondern inhaltlich mit Leben zu erfüllen. Entscheidungsabläufe müssen sich nicht nur an gesetzliche Vorschriften halten, sondern sind - gerade im kommunalen Bereich - für den Bürger durchsichtig und verständlich zu machen.

Je mehr Menschen sich an Entscheidungen beteiligen, desto besser können Vorschläge und Bedenken berücksichtigt und Fehlentwicklungen vermieden werden.

Selbstverwaltung gefährdet sich aber auch aus sich selbst heraus in vielfältiger Weise. Kommunalpolitische Entscheidungen sind mehr als andere an Sachfragen orientiert

und werden durch äußere Zwänge bestimmt. Es ist schädlich, wenn die Übertragung eines für den kommunalen Bereich nicht passenden Regierungs-Oppositions-Modells Gemeinsamkeiten zerredet und Sachfragen durch parlamentarische Streitereien und durch koalitions-politisches Taktieren nicht angemessen entschieden werden können. Kommunalpolitische Probleme dürfen nicht als Hebel mißbraucht werden, um taktische oder auch nur vermeintliche Vorteile einzuheimsen. Die knapper gewordenen Mittel erfordern eine Unterstützung der Verwaltungseffizienz durch die Parteien. Zwingende Fragen unserer Existenz und unserer Umwelt dulden keinen Aufschub. Zusammenarbeit der Parteien und Sachorientierung tut not. Finden die Parteien in Darmstadt nicht wieder mehr zueinander, halten sie fragwürdige Meinungen nur deshalb durch, um sich voneinander abzugrenzen, so tragen sie Mitschuld daran, wenn Staatsverdrossenheit zunimmt und Desinteresse wächst. Die SPD wird sich offen halten, um in Sachfragen mit jeder demokratischen Gruppierung zusammenzuarbeiten.

2. Gesundheitswesen, soziale Sicherung und Jugendarbeit

Darmstadt hat unter seinen sozialdemokratischen Fachdezernenten Bürgermeister Horst Seffrin, Bürgermeister Peter Benz und Stadtkämmerer Otto Blöcker eine funktionstüchtige Ausstattung mit sozialen Einrichtungen erhalten. Dieses Angebot gilt es fortzuentwickeln, den veränderten Gegebenheiten anzupassen und abzurunden.

Im Gesundheitswesen muß sichergestellt bleiben, daß der Bevölkerung eine leistungsfähige medizinische Versorgung auf dem letzten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Verfügung steht. Dabei dürfen Wirtschaftlichkeitsaspekte nicht außer acht bleiben. Ein nicht mehr finanzierbares Gesundheitswesen gefährdet auf die Dauer die notwendige Versorgung der Bevölkerung. Kosteneinsparungen im Gesundheitswesen, die ohne Verlust an Effizienz und ohne Beeinträchtigung der

Menschlichkeit in der ärztlichen Versorgung möglich werden, sind auszuschöpfen. Die Zusammenarbeit unter den Krankenhäusern Südhessens und die Spezialisierung einzelner Häuser gehören ebenfalls dazu wie eine sparsame Wirtschaftsführung.

Da die psychische Not vieler Mitbürger immer drängen-der wird, werden Sozialdemokraten sich bemühen, das Modellprojekt Psychiatrie zu einer dauerhaften Einrichtung zu machen.

Der Gesundheitserziehung und der Krankheitsvorsorge gebührt größte Aufmerksamkeit. Verstärkte Aufklärung - besonders in den Schulen - über Alkohol-, Drogen- und Tabakmißbrauch sind ebenso nötig wie das Bemühen, die Bevölkerung zu einer gesünderen und naturgemäßerem Lebensweise anzuhalten.

Die Betreuung älterer Mitbürger gewinnt aufgrund der Bevölkerungsstruktur immer größere Bedeutung. Dabei sind Hilfsdienste, die eine möglichst lange Selbständigkeit der Älteren ermöglichen, den Heimangeboten gegenüber vorzuziehen. Die SPD wird alle Maßnahmen fördern und unterstützen, die alten Menschen helfen, einen selbstorganisierten und selbstverantworteten Lebensabend zu ermöglichen. Dazu gehört die Förderung der vorhandenen und der Ausbau weiterer Begegnungsstätten und Einrichtungen für Aktivitäten älterer Mitbürger. Dazu gehört auch die weitere Unterstützung des Hausnotrufs für Alte und Behinderte.

Hinzu kommen müssen weitere altengerechte Wohnungen und die notwendige Anzahl von Pflegeheimplätzen mit entsprechender personeller Ausstattung.

Die Hilfen für die Betreuung Behinderter sind weiter zu verbessern. Die Bemühungen, bei öffentlichen Bauten und im gewerblichen Bereich behindertengerechte Bauausführungen zu gewährleisten, sind fortzusetzen.

Fußgängerwege und Straßenübergänge für Fußgänger sind nach und nach im ganzen Stadtgebiet so zu gestalten, daß Behinderte allein zurechtkommen.

In Anbetracht der bedrohlichen Ausmaße der Jugendarbeitslosigkeit kommt der Betreuung Jugendlicher besondere Bedeutung zu. Dies schließt Maßnahmen der Beratung und Hilfe ein, die es den Familien ermöglichen, Jugendlichen Orientierung und persönliche Bindung zu vermitteln. Ergänzende und flankierende Maßnahmen müssen eingreifen, wo die Leistungsfähigkeit der Familie endet. Die vorhandenen Jugendzentren sind so auszubauen und pädagogisch fortzuführen, daß junge Menschen lernen, Freizeit selbstbestimmt und sinnvoll zu gestalten, und ihre Entwicklung zum mündigen Bürger unterstützt wird. Kinder- und Jugendtheater sind mit entsprechendem pädagogischem Konzept als ständige Einrichtung zu erhalten und auszubauen.

Die Bezuschussung von Jugendverbänden, Einrichtungen und Vereinen, die im erzieherischen Feld tätig sind, wird fortgesetzt.

Der Verkauf und der Verleih von Videokassetten mit gewaltverherrlichendem und jugendgefährdendem Inhalt müssen unterbunden werden. Die Schließung der Spielsalons in Darmstadt ist anzustreben.

Das allgemein vermittelte Freizeitangebot richtet sich an den Jugendlichen oft lediglich als Konsumenten. Bedürfnisse können hier nur durch Geld befriedigt werden. Kreativität und Gesprächsbereitschaft werden nicht mehr gefördert und verkümmern. Aggressionen oder Gleichgültigkeit, seelische Krankheiten und Flucht ins Rauschmittel sind häufig die Folgen.

Sozialdemokratische Familienpolitik konzentriert sich darauf, soziale Benachteiligungen zu erkennen und zu beseitigen. Sie wird sich deshalb weiterhin dafür einsetzen, daß die Rahmenbedingungen für Familien verbessert werden. Dies betrifft die Bereitstellung finanziell erschwinglichen Wohnraums für Familien mit Kindern, eine ausreichende Anzahl von Spielplätzen im gesamten Stadtgebiet, die Verbesserung und den Ausbau von Kindertagesstätten und -horten und den Ausbau der Beratungsstellen.

Das Haus für Frauen und Kinder als Zufluchtsstätte hat sich bewährt. Eine Verbesserung der Aufenthaltsbedingungen ist anzustreben.

Die Bemühungen um die Integration der hierzu bereiten in Darmstadt ansässigen ausländischen Mitbürger sind fortzuführen. Es ist darauf zu achten, daß der Ausländeranteil in einzelnen Stadtteilen sich nicht überproportional entwickelt. Dabei ist zu vermeiden, daß ghetto ähnliche Situationen mit ihren Problemen entstehen. Besondere Hilfen für ausländische Jugendliche sind weiterhin erforderlich. Die Darmstädter Sozialdemokraten unterstützen die "Konzeption der Hessischen Landesregierung zur Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen im Lande Hessen".

3. Sicherheit der Bürger

Die Forderung nach Sicherheit entspricht einem elementaren Bedürfnis der Bevölkerung. Durch eine Erhöhung der Zahl der Polizeistreifen, vor allem auch von Fußstreifen unter Einbeziehung von Parks und Grünanlagen, soll die Sicherheit unserer Straßen und Plätze weiter verbessert werden. Hierbei kommt einer erhöhten Aufmerksamkeit im Nachbarschaftsbereich Bedeutung zu.

4. Schulen

Die Darmstädter Sozialdemokraten unterstützen ein Schulwesen, das den sozialen, humanen, kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Ansprüchen genauso gerecht wird, wie den technologischen Anforderungen. Gleiche Bildungschancen für jeden gehören zur selbstverständlichen Solidarität. Das vorhandene vielfältige Bildungsangebot im Darmstädter Schulwesen erfüllt diese Ansprüche. Die Vielfalt wird erhalten bleiben.

Die Einführung der Förderstufe in Darmstadt hat keine Schulform verdrängt, im Gegenteil: die pädagogischen Bemühungen um eine Förderung zu mehr Chancengleichheit können nun in den fünften und sechsten Klassen noch verstärkt werden. Überall dort, wo der Elternwunsch die Fortführung dieser erfolgreichen Bildungsreform fordert, unterstützen die Sozialdemokraten die Einrichtung fortschrittlicher Bildungsgänge wie z. B. Gesamtschulen, Eingangsstufen.

Bei der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes wird die Darmstädter SPD weiterhin unterstützen, daß die wohnstandortnahe Versorgung durch Grundschulen mit kleinen Klassenfrequenzen beibehalten wird. Weiterhin sind zusätzliche unterstützende Angebote für ausländische Mitschüler erforderlich. Zu unterstützen sind Integrationsbemühungen für Behinderte in der Grundschule.

Die SPD wird weiterhin die erfolgreiche Arbeit der Förderstufen unterstützen. Die verbundenen Haupt- und Realschulen stellen ein leistungsfähiges Angebot dar. Hier sind auch Erweiterungen zur Gesamtschule denkbar. Forderungen von Eltern finden in der Sozialdemokratie Unterstützung. Die Gymnasien behalten einen hohen Stellenwert im Darmstädter Schulwesen, wobei die Hauptaufgabe für die Zukunft stärker die leistungsfähige Oberstufe sein wird. Dies ist schon allein durch die starken Jahrgangsbreiten bedingt. Die dezentrale, wohnortnahe Versorgung mit Sonderschulen ist mit kleinen Schulsystemen beizubehalten. Die Kooperation mit den Grundschulen soll intensiviert werden. Für die allgemeinbildenden Schulen wird für die kommenden Jahre noch stärker die bauliche Substanzverbesserung wichtig werden.

Schwerpunkt des Schulbaus bleibt bis in die 90er Jahre hinein das berufliche Schulwesen. Modernisierung, Erweiterungen und Technologieverbesserungen erfordern hohe Investitionen, die sich besonders an einer guten Ausstattung für das Berufsgrundbildungsjahr, Berufsvorbereitungsjahr und die vollschulische Berufsausbildung orientieren.

5. Erwachsenenbildung

Der Erwachsenenbildung kommt eine zunehmende Bedeutung bei der Bewältigung sich ständig verändernder beruflicher, sozialer und gesellschaftlicher Anforderungen an die Bürger nach ihrem Schulabschluß zu.

Erwachsenenbildung dient im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge der Vermittlung von Qualifikationen für berufliches Weiterkommen, der Bewahrung vor sozialem Abstieg und der Gestaltung der Freizeit.

Erwachsenenbildung muß das Problem Arbeitslosigkeit - begleitend zu den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen - als gesellschaftliches und nicht als persönliches Problem erhellen und den Betroffenen neue Formen des kreativen und sozialen Wirkens eröffnen.

Erwachsenenbildung schafft Voraussetzungen für eine kompetente Teilhabe an der Mitgestaltung der Staats- und Gesellschaftsordnung, deshalb sollte in ihren Kursen nicht ausschließlich berufsorientiertes Nützlichkeitsdenken im Vordergrund stehen, sondern auch die Aufgabe der Lebensgestaltung und der gesellschaftlichen und individuellen Selbstverwirklichung.

Erwachsenenbildung soll dabei den Bildungsauftrag mit realen Bezügen zum Leben, zur Umwelt und zum politischen Geschehen ausführen und moralische Werte und demokratische Rechte weiterentwickeln helfen.

Für die sogenannte "dritte Lebensphase" sind senioren-gerechte neue Bildungsmöglichkeiten in Zusammenarbeit mit den örtlichen Hochschulen zu entwickeln, die Resignation und Isolation entgegenwirken.

Spezielle Bildungsangebote der Volkshochschule mit
Gebührenermäßigung für Arbeitslose sind auszubauen.
Die Zusammenarbeit mit anderen Trägern von Weiterbil-
dung ist zu intensivieren.

6. Arbeit, Wirtschaft und Finanzen

Gesunde städtische Finanzen sind die Voraussetzung da-
für, daß die Stadt ihre wirtschaftlichen, sozialen und
kulturellen Aufgaben erfüllen kann.

Damit die Stadt ihre gute Infrastruktur und die viel-
fältigen Leistungen, die sie für ihre Bürger erbringt,
aufrechterhalten und ausbauen kann, muß sie ihre spar-
same und wirtschaftliche Haushaltsführung wie bisher
fortsetzen.

Die Steuern, Gebühren und Abgaben, welche die Stadt zur
Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt, sind auch künftig so
festzusetzen, daß sie wirtschaftlich und sozial vertret-
bar sind. Darmstadt unterstützt die Forderung der Städte
und Gemeinden nach einer besseren Finanzausstattung, die
ihnen einen höheren Anteil am Gesamtsteueraufkommen ge-
währt und ihnen stetig fließende Einnahmen sichert.
Neue Schulden wird die Stadt nur im Rahmen ihrer dauernden
finanziellen Leistungsfähigkeit aufnehmen. Die städtische
Investitionspolitik ist behutsam, aber wirkungsvoll fort-
zusetzen. Dabei ist der echte Bedarf an zusätzlichen
städtischen Einrichtungen und Leistungen ebenso zu berück-
sichtigen wie die Erfordernisse der Wirtschaftsförderung
und Arbeitsplatzsicherung und die Auswirkungen auf die
natürliche Umwelt. Städtische Investitionen und Investi-
tionszuschüsse tragen zusammen mit einer vorsorgenden
Bodenpolitik und Stadtplanung auch künftig dazu bei, die
gute Wirtschaftsstruktur in unserer Stadt zu bewahren,

Betriebsansiedlungen, -verlagerungen und -erweiterungen zu fördern, die Einwohnerzahl und die Zahl der Arbeitsplätze und das hohe Einkommensniveau zu erhalten.

Die Wirtschaft in unserer Stadt ist ebenso auf gesunde Stadtfinanzen angewiesen wie die Stadt von einem gesunden Wachstum der Wirtschaft abhängig ist. Eine gezielte Zusammenarbeit zum Wohle aller Bürger erfordert daher eine ständige Kooperation und Kommunikation. Der Gedanke der paritätischen Mitbestimmung wird weiter gefördert.

Mit der Technischen Hochschule und zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen beherbergt Darmstadt dynamische Träger technologischer Spitzenkenntnisse in seinen Mauern. Dieses Know-how für den Standort Darmstadt ist in zusätzliche wirtschaftliche Aktivitäten umzusetzen. Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen TH und den anderen Einrichtungen, Wirtschaft und Stadt müssen gefunden werden, um einen verbesserten Technologietransfer in unsere Region zu erreichen.

Arbeitslosigkeit ist nicht nur eine Geißel der Gesellschaft, sie ist auch die schwerwiegendste Bedrohung einer geordneten und friedlichen Entwicklung zu einer sozialen Marktwirtschaft. Arbeitslosigkeit läßt sich kommunal nur bedingt bekämpfen. Die Stadt muß auch weiterhin durch eine wirksame, möglichst antizyklische kommunale Investitionspolitik ihren Beitrag zur Beschäftigungspolitik leisten. Besondere Sorge macht die Jugendarbeitslosigkeit mit ihren verheerenden gesellschaftlichen Folgen. Hier muß auch die öffentliche Hand durch verstärkte Ausbildungsangebote helfen. Projekte zur alternativen Ausbildung Jugendlicher sind zu fördern. Das gleiche gilt für Eigeninitiativen.

7. Gleichstellung von Mann und Frau

Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Die Wirklichkeit unserer Gesellschaft sieht jedoch anders aus, Lasten und Chancen sind unterschiedlich verteilt. Sozialdemokraten werden auch auf kommunaler Ebene sich dafür einsetzen, daß eine intensive Unterstützung von Frauen in Familie, Beruf und Gesellschaft zu mehr Gleichberechtigung im Alltag führt. Frauen müssen stärker in kommunalen Gremien und Funktionen berücksichtigt werden. Bei Stellenbesetzungen im Bereich der öffentlichen Hand müssen Frauen gleiche Chancen haben. Die Einrichtung einer Gleichstellungsstelle wird angestrebt.

8. Stadtentwicklung und Verkehr

Durch den städtischen Beitrag zum sozialen Wohnungsbau in der vergangenen Wahlperiode wurde und wird das Angebot an preisgünstigeren Wohnungen verstärkt. Der Wohnungsmangel, der noch zu Beginn der Wahlperiode Sorgen bereitet, konnte entschärft werden. Sozialer Wohnungsbau wird im Rahmen des jeweils bestehenden Bedarfs im Interesse der Schwächeren in unserer Gesellschaft fortgeführt. Dabei sind sozial vertretbare Mieten anzustreben. Für die leerstehenden Sozialwohnungen in Kranichstein müssen Modelle gefunden werden, um diese zu teureren Wohnungen für Familien wieder erschwinglich zu machen oder sie einer auch gegebenenfalls kommerziellen Nutzung zuzuführen.

Privater und freifinanzierter Wohnungsbau sind zu unterstützen. Durch die weitere Ausweisung und Erschließung neuer Baugebiete sollte die Voraussetzung dafür geschaffen werden, daß möglichst viele Bauwünsche innerhalb des Stadtgebietes erfüllt werden können. Auch der Einfamilienhausbau ist zu fördern. Dies ist ein guter Beitrag, um weitere Einwohnerverluste zu vermeiden.

Innerhalb der bebauten Flächen der Stadt ist besonders darauf zu achten, daß Baulücken geschlossen und baureife Grundstücke der Bebauung zugeführt werden. Ebenso ist anzustreben, daß unbefriedigend genutzte innerstädtische Flächen wieder wirtschaftlich sinnvoll verwendet werden. Dies macht neuen Land- schaftsverbrauch überflüssig und verbilligt durch die vorhandene Erschließung die Baukosten. Stadtmwau muß den Vorrang vor flächenhafter Stadterweiterung bekommen. In diesem Zusammenhang müssen die ursprünglich für den Bau der Osttangente vorgesehenen Freiflächen weiter zugänglich für die Bebauung freigegeben werden. Erhaltung und Erneuerungsmaßnahmen bestehender Baugelände sind auch in Zukunft wichtig für die Pflege der Stadtstruktur. Derartige Maßnahmen müssen mit den betroffenen Bürgern abgesprochen werden. Soweit möglich, sollen die Bürger sie selbst bestimmen. Sie werden durch Information, fachliche Beratung und finanzielle Hilfe dabei unterstützt.

Preiswerter Wohnraum ist zu erhalten. Vorhandene Einwohnerstrukturen bedürfen des Schutzes.

Die Advokatenplanung in ihrer bewährten Form ist als unabhängige Einrichtung der Bürgerbeteiligung fortzuführen.

Bei allen eigenen und auch bei privaten Baumaßnahmen müssen die Gebote des Umweltschutzes beachtet werden.

Baumbestand und Grünflächen sind zu erhalten und zu erweitern. Öffentliche Straßen und Plätze sind zusätzlich zu begrünen.

Zugeordnet zu den Wohngebieten sind Flächen und Einrichtungen für aktive Freizeitgestaltung und Freiräume für Kinder und Jugendliche und ältere Menschen vorzusehen.

Freiflächen, Straßen und Plätze sollten durch geeignete Maßnahmen vom ruhenden Autoverkehr entlastet werden. Dies gilt vor allem für dichtbesiedelte Gebiete.

Ein wichtiger Beitrag zur Erhaltung der Wohn- und Lebensqualität in unserer Stadt ist der Denkmalschutz. Wertvolle historische Architektur, aber auch Bauten und Häusergruppen, die das Stadtbild mitprägen oder für die Sozialgeschichte charakteristische Beispiele sind, müssen erhalten werden. Dies gilt auch für technische Bauten und ältere Wohnanlagen.

Zur Verbesserung der Wohnqualität und des Wohnumfeldes ist die Fortführung der Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung notwendig. Die betroffene Bevölkerung muß an diesen Entscheidungen intensiv beteiligt werden.

Verkehrsberuhigung setzt voraus, daß notwendige Umgehungsstraßen geschaffen werden. Dabei ist die Schonung der Landschaft und der Umwelt vorrangig. Umgehungsstraßen im stadtnahen Bereich dürfen nur zweispurig gebaut werden und müssen so angelegt sein, daß sie nicht zusätzlichen Verkehr anziehen. Soweit technisch und finanziell darstellbar, ist aus Gründen des Schutzes der Anwohner, aber auch der Umwelt allgemein, eine Führung im Tunnel in die Prüfung mit einzubeziehen.

An einer Erhöhung der Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs muß weitergearbeitet werden. Eine Straßenbahnlinie oder ein spurgeführter Bus nach Kranichstein würden den Verkehr reibungsloser und pünktlicher abwickeln können und ein Beitrag zum umweltschonenden Verkehr sein.

Ein Anschluß an das S-Bahn-Netz ist anzustreben.

9. Umweltschutz und Entsorgung

Darmstadt darf mit vollem Recht die Bezeichnung "Umweltfreundliche Stadt" führen. Denn in allen Entscheidungen der Stadtentwicklung, des Verkehrs, der Energiepolitik und Entsorgung hat der Umweltschutz eine herausragende Bedeutung. Viele Maßnahmen, die anderswo erst begonnen werden, sind bei uns seit langem selbstverständlich.

Das Institut für Naturschutz, der Umweltschutzkoordinator, die vorbildlichen Abwasserkläranlagen, die erste Tankstelle für bleifreies Benzin und das Radwegenetz sind nur einige Marksteine.

Der Wasserreinhaltung, Luftverbesserung und dem Schutz von Natur und Landschaft gilt auch künftig unsere besondere Aufmerksamkeit.

Die Neuorientierung der Entsorgungspolitik mit dem Ziel einer Verminderung der Müllmengen durch die Getrennsammlung von Abfallstoffen und durch Wiederverwertung (Recycling) von Wertstoffen ist von der Stadt Darmstadt und dem von ihr mitgetragenen Zweckverband Abfallverwertung Südhessen (ZAS) nachhaltig zu fördern und zu verwirklichen. Die Kompostierung organischer Abfälle ist auszubauen, damit möglichst viele Haushalts- und Gartenabfälle dem Boden als Humus wieder zugeführt werden. Die Aufklärung der Bürger und ihre Mitwirkung an der Verminderung und Verwertung von Abfällen ist zu verstärken.

In der Abfallwirtschaft tritt die SPD dafür ein, daß die hierfür erforderlichen Anlagen dem neuesten Stand der Technik entsprechen und die schädlichen Umwelteinflüsse - soweit möglich - vermindert oder beseitigt werden. Die vom Zweckverband Abfallverwertung Südhessen (ZAS) betriebene Müllverbrennungsanlage ist auch künftig zur geordneten Abfallentsorgung unverzichtbar. Voraussetzung hierfür ist jedoch eine den heutigen Umwelterfordernissen entsprechende Ablagerung der Schlacken und Filterstäube und der Einbau von Rauchgasreinigungsanlagen zur Verringerung der Schadstoffbelastung der Luft. Dies gilt auch für gasförmige Dioxine und Furane. Das hierzu eingeleitete Planfeststellungsverfahren muß schnellstens abgeschlossen und danach mit dem Einbau begonnen werden.

Die Darmstädter Sozialdemokraten werden auch künftig dafür eintreten, daß eine geordnete und umweltverträgliche Abfallwirtschaft in unserer Stadt gewährleistet ist. Sie sehen daher zur Zeit keine Möglichkeit, auf die Grube Messel als Mülldeponie zu verzichten.

Die zuständigen städtischen Ämter müssen weiterhin verstärkt umweltpolitische Erkenntnisse umsetzen und den Bürgern vermitteln. Dies gilt insbesondere für die Bauverwaltung. So soll die Bauaufsicht darauf dringen, daß Hauswasseranlagen stärker die Versickerung von Regenwasser vorsehen. Regenwasserversickerung würde zur Grundwasseranreicherung beitragen und die Kläranlagen entlasten. Die Anlage von Regenwasserzisternen würde die Trinkwasserverwendung beim Gießen der Gärten einschränken. Generell ist darauf zu achten, daß bei Baumaßnahmen eine möglichst weitgehende Begrünung der Freiflächen in der Stadt erfolgt.

Die Anzahl der Kleingärten ist zu vermehren, um möglichst allen interessierten Bürgern Flächen für Kleingartenbau zur Verfügung stellen zu können. Dies wird mittelfristig zu einem erheblich stärkeren Umweltbewußtsein der Bürger führen und bedeutet darüber hinaus eine sinnvolle und gesunde Freizeitgestaltung.

Durch konsequente Baumpflanzungen ist eine intensive Durchgrünung der Stadt und eine Wiederaufforstung der stadtnahen Brachflächen zu erreichen.

10. Kultur

Sozialdemokratische Kulturpolitik orientiert sich an einem offenen und umfassenden Kulturbegriff.

Kultur ist das Bemühen des Menschen, seine Umwelt und seine Situation zu begreifen und seine Ideen vom Leben zu entwickeln und darzustellen.

Das kulturelle Leben einer Stadt ist Barometer für ihre geistige Lebendigkeit. Kulturpolitik leistet einen wichtigen Beitrag zur Bildung des Bürgersinns, trägt bei zum Gefühl der Verbundenheit des Bürgers mit seiner Stadt, aber auch zu schöpferischer Kraft und welt-offener Einstellung.

Unsere Heimatstadt wurde in Wahrung guter geistes- und kulturgeschichtlicher Tradition, trotz schwerster Zerstörungen, nach 1945 Schritt für Schritt zur Kultur- und Kunstmetropole ausgebaut. Dieser Weg wurde in den letzten vier Jahren konsequent und mit sichtbarem Erfolg weitergegangen. Die kulturellen Einrichtungen und Angebote unserer Stadt sind nicht Luxus für wenige, sondern Chance für alle. Sozialdemokraten wollen, daß möglichst viele Bürger aller sozialen Schichten am Kulturleben unserer Stadt teilhaben und teilnehmen.

Die großen und wichtigen Kultureinrichtungen wie das Staatstheater, Museen, Stadtbibliothek, Volkshochschule, Institut Mathildenhöhe, Akademie für Tonkunst sowie kleinere, aber weit über unsere Stadtgrenzen hinaus wirkende Kulturinstitute und Künstlervereinigungen verdienen weiterhin finanzielle Unterstützung.

Eine große Bereicherung für die Stadt ist der Erwerb des Jazzarchivs von Joachim Ernst Behrendt, das vom Internationalen Musikinstitut unserer Stadt ausgebaut wird. Internationale Jazztage und eine große Jazzausstellung werden vorbereitet.

Ein Jugendstilmuseum wird als weiterer Ausbauschritt der Mathildenhöhe im Ernst-Ludwig-Haus entstehen. Damit setzt die Stadt gemäß ihrer Bedeutung als Stadt des Jugendstils einen besonderen Akzent.

Der Bau eines Stadtmuseums auf der Mathildenhöhe als Ergänzung unseres Ausstellungszentrums ist vorgesehen. Auf einem Symposium sollen zunächst Museumsfachleute zur inhaltlichen und baulichen Konzeption gehört werden.

Das Kinder- und Jugendtheater wird weitergeführt.

Ein besonderes Verdienst der Sozialdemokraten ist es, daß der seit vielen Jahren so notwendige Neubau für die Akademie für Tonkunst endlich begonnen werden konnte.

Um aber "Kultur für alle" zu ermöglichen, werden unsere zentralen Kulturangebote durch dezentrale, stadtteilbezogene Angebote ergänzt. Die gewachsenen Aktivitäten von Vereinen und Gruppen sind wichtige Elemente kulturellen Lebens in den Stadtteilen. Diese "Alltagskultur" ist jedoch kein Gegensatz zur professionellen Hochkultur, sondern eine notwendige Ergänzung.

Die Laienbetätigung in Kunst-, Gesangs- und Instrumentalvereinen wird weiterhin ideell und materiell unterstützt, sie ist ein wichtiger Teil der "Alltagskultur".

Kulturelle Wünsche und Bedürfnisse aus der Bürgerschaft müssen aufgegriffen und umgesetzt werden.

Lebendige Beziehungen zwischen den professionellen Künsten und der Laienbewegung müssen gestärkt werden.

Anzustreben sind stärkere Verbindungen der kulturellen Einrichtungen und Vereinigungen untereinander.

Stadtteilbezogene Bürgerinitiativen wie Aktion Theaterfoyer, Bürgeraktion Ludwigshöhe, Blickpunkt Orangerie u. a. verdienen weiterhin Unterstützung. Sie tragen mit ihren Angeboten dazu bei, die kulturellen und sozialen Abstände einzelner Bevölkerungsgruppen zu offiziellen Kultureinrichtungen zu mindern und "Schwellenängste" abzubauen.

Die "Bürgeraktion Wiederaufbau Altes Pädagog" hat sich um den im letzten Jahr vollendeten Aufbau des Alten Pädagogs hoch verdient gemacht. Damit steht uns ein weiteres Gebäude zu bürgerschaftlicher Nutzung zur Verfügung.

Die Aktion "Kultur in den Schulen" wird fortgesetzt. Schriftsteller und bildende Künstler treten in direkten Kontakt zu den Schülern und wecken und fördern damit jugendliches Interesse an Literatur und Kunst.

Auch sogenannte "alternative Kultur" mit neuen Bewußtseins- und Ausdrucksformen hat sich in unserer Stadt gebildet. Sie soll nicht gegen traditionelle Kultur ausgespielt werden.

11. Sport und Freizeit

In unserer Gesellschaft kommt dem Sport neben der gesundheitlichen Dimension und der gesellschaftlichen Bedeutung immer mehr auch die Funktion einer sinnvollen Freizeitgestaltung zu. Ohne öffentliche Förderung ist bei der heutigen Kostenstruktur die Arbeit der Sportvereine nicht mehr durchführbar. Diese Förderung ist weiter notwendig. Sie soll entsprechend den finanziellen Möglichkeiten der Stadt ausgeweitet werden. Dabei steht der Breitensport im Mittelpunkt. Träger der sportlichen Aktivitäten müssen die Sportvereine bleiben. Ihre Unabhängigkeit und Leistungsbereitschaft muß beachtet werden und bedarf des Schutzes der Kommune. Nur selbstverwaltete Vereine sind lebensfähig. nur sie können die umfassende gesellschaftliche Idee des Sport frei entfalten.

Die Sportvereine unserer Stadt werden weiter Leistungen wie Sportmark, Fahrgeldzuschüsse, Zuschüsse für lizenzierte und nichtlizenzierte Übungsleiter, Energiekostenbeteiligung und finanzielle Hilfen für die Sportstättenunterhaltung erhalten.

Eine kostenlose Nutzung von städtischen Sportanlagen und Schwimmbädern für die Vereine wird beibehalten bleiben.

Investitionen im Bereich des Vereinsbaus werden weiter nach den Sportförderungsrichtlinien und der städtischen Finanzlage unterstützt.

Der Sportstättenentwicklungsplan unserer Stadt muß fortgeschrieben werden. Ein bestmögliches Angebot von Sportstätten in den einzelnen Stadtteilen soll entsprechend den finanziellen Möglichkeiten verwirklicht werden.

Neben der Förderung des Vereinssports sollen Flächen für den Jedermannsport zur Verfügung stehen. Ansatzpunkte hierzu gibt es im Nordpark und im Freizeitgelände am Schießplatz.

Die bestehenden Freizeitzentren müssen ausgebaut werden. In den städtischen Bädern sollen Maßnahmen ergriffen werden, um ihre Attraktivität zu erhöhen.

Die Darmstädter SPD steht auf der Grundlage eines Demokratischen Sozialismus. Er ist ein politisches und soziales Programm, das den moralischen Anspruch erhebt, den Menschen nicht nur zu befreien, sondern auch zu fördern.

Dieser Anspruch fordert dazu auf,

- über dem Nahziel der materiellen und sozialen Existenzsicherung für alle nicht das Fernziel einer anzustrebenden humanen und solidarischen Gesellschaft aus dem Blick zu verlieren,
- kritisch und selbstkritisch zu sein, damit das persönliche und gemeinsame Beispiel überzeugt,
- sich dem ständigen Dialog mit den Älteren und den Jüngeren nicht zu verschließen und die eigene Lernbereitschaft zu stärken.

Denn:

"Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist eine Gemeinschaft von Menschen, die aus verschiedenen Glaubens- und Denkrichtungen kommen. Ihre Übereinstimmung beruht auf gemeinsamen sittlichen Grundwerten und gleichen politischen Zielen. Die Sozialdemokratische Partei erstrebt eine Lebensordnung im Geiste dieser Grundwerte. Der Sozialismus ist eine dauernde Aufgabe - Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren."
(Godesberger Programm)

